



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467
Fax : (0221) 221-29047
E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 09.07.2013

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Soziales und Senioren vom 27.06.2013**

öffentlich

**13.2 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme und Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln
4241/2012**

Frau Schmerbach dankt für die gute Darstellung der Verwaltung, was für gute Arbeit die Stadt Köln im Rahmen der Integration leiste. Sie bedauere, dass keine konkrete Priorisierung dargestellt sei.

Herr Helling findet gut;

- dass der Sachstand vieler Maßnahmen erhoben worden sei,
- dass die Handlungsempfehlungen der Expertengruppen in das Maßnahmenprogramm eingearbeitet seien,
- dass es eine Vielzahl von Daten über die Interkulturelle Öffnung gebe.

Als schlecht empfindet er,

- dass in einigen Bereichen der Sachstand der Maßnahmen nicht vollständig mitgeteilt werden könne,
- dass in einigen Bereichen die Maßnahmen gar nicht aufgeführt seien,

Die Frage, wie man mit diesem Maßnahmenprogramm zukünftig umgehe werde aus der Vorlage nicht ersichtlich. Empfehlungen, welche Maßnahmen weiter (befristet) fortgesetzt werden sollen, welche Maßnahmen gestrichen werden sollen gebe das vorliegende Programm nicht. Für ihn sei aber eine solche Empfehlung wichtig. Er stellt fest, dass der Ausschuss Soziales und Senioren der Vorlage heute zustimmen solle. Das Programm müsse im Rat zur Kenntnis genommen werden.

Frau Reker bedankt sich für die positive Anteilnahme des Ausschusses Soziales und Senioren an dem noch unvollständigen interkulturellen Maßnahmenprogramm. Das Integrationskonzept sei eine Bestandsaufnahme. Die Expertengruppen sollten be-

reits eine Priorisierung der Maßnahmen vornehmen. Bei der jetzigen Haushaltslage sei eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Expertengruppen schwierig. Über die weitere Verfahrensweise werde der Ausschuss Soziales und Senioren informiert.

Frau Gärtner dankt ebenfalls für die umfangreiche Vorlage. Sie habe die Vorlage so verstanden, dass es für die Fraktionen eine Grundlage für weitere Beratungen sei. Weitere Vorlagen zu erstellen, wenn man bereits wüsste, dass man sie wegen der Haushaltslage nicht umsetzen könne sei aus ihrer Sicht nicht nötig.

Frau Schmerbach merkt an, dass aus dem Integrationskonzept heraus ein Maßnahmenprogramm entwickelt werden solle. Deshalb sei für sie eine weitere Fortschreibung des Maßnahmenprogramms wichtig und sinnvoll.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft die Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Das „Interkulturelle Maßnahmenprogramm“ wird als auftragsgemäße Bestandsaufnahme der aktuell bestehenden integrativen Arbeit im Bereich Migration in Köln zur Kenntnis genommen.

Für die Umsetzung neuer Maßnahmen, die mit der Zusetzung von Personal oder Finanzmitteln verbunden sind, sind gesonderte Entscheidungen der zuständigen politischen Gremien herbeizuführen.

Es gilt der grundsätzliche Vorbehalt der Finanzierbarkeit bei der weiteren Durchführung aller dargestellten Maßnahmen sowie der geplanten regelmäßigen Aktualisierung und Fortschreibung des ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramms‘.

Mit der Kenntnisnahme des Rates ist die Erwartung an die Verwaltung verbunden, das Maßnahmenprogramm als Planungsgrundlage zu nutzen, um für das Handlungsfeld Integration im Rahmen der jeweils vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen geeignete Maßnahmen fortzuschreiben und weiterzuentwickeln.

Damit ist verbunden,

- die laufenden Maßnahmen innerhalb der Fachressorts regelmäßig hinsichtlich ihrer integrationsspezifischen Relevanz und Wirksamkeit zu überprüfen,
- die Vorschläge für neue Maßnahmen hinsichtlich der Relevanz und Umsetzungsmöglichkeiten zu bewerten,
- Kennzahlen zur Messung der Wirksamkeit aller durchgeführten Maßnahmen zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimme der Fraktion pro Köln – zugestimmt.



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467
Fax : (0221) 221-29047
E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 09.07.2013

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Soziales und Senioren vom 27.06.2013**

öffentlich

**13.3 Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums Köln
1617/2013**

Frau Hoyer fragt Frau Reker warum Köln nicht mehr als 1,5 Stellen für KIZ von der Landesförderung zugewiesen bekomme. Sie finde es schwer nachvollziehbar, das Köln dieselbe Landesförderung erhalte wie eine kleine Gemeinde in NRW. Sie fragt, ob die Fraktionen im Landtag aktiv werden müssen um eine größere Förderung zu erhalten.

Frau Reker antwortet, dass sie die Auffassung von Frau Hoyer teile. Die Verteilung sei überall gleich. Dies sei so vom Land NRW vorgesehen und eine kurzfristige Änderung nicht möglich.

Frau Schmerbach sagt, dass der Integrationsrat zu Punkt 1 einen weiteren Arbeitsschwerpunkt beschlossen habe. Dieser könne nicht Bestandteil dieses Antrages sein weil nach Landesrichtlinien nur ein Arbeitsschwerpunkt angegeben werden könne. Der weitere Schwerpunkt wäre für den Integrationsrat wichtig. Zuerst aber müsse das Integrationszentrum in Köln errichtet werden, um dann in einem weiteren Schritt den weiteren Arbeitsschwerpunkt (den Ausbau der Mehrsprachigkeit) zu installieren.

Frau Reker ergänzt, dass es sich im Integrationsrat um einen Prüfauftrag gehandelt habe und bestätigt die Aussage von Frau Schmerbach. Die Bilingualität dürfe nicht mit einem eigenen Arbeitsschwerpunkt in dem Antrag aufgeführt werden.

Herr Helling bittet darum, dass die Erklärung zu dem weiteren Arbeitsschwerpunkt in der Niederschrift vermerkt werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erläutert, dass sich wesentliche Teile des Prüfauftrages nicht zu realisieren seien.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft den Beschlussvorschlag zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Einrichtung eines „Kommunalen Integrationszentrums Köln“ durch Zusammenlegung der bisherigen „Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)“ und des „Interkulturellen Referates“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt gemäß § 7 des Gesetzes zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration des Landes *NRW*.

Vorbehaltlich der Erfüllung der Fördervoraussetzungen des Landes sowie der grundsätzlichen Genehmigung durch die zuständigen Ministerien und der Zustimmung durch die Bewilligungsbehörde (Bezirksregierung Arnsberg) beschließt der Rat die Einrichtung von 1,5 Stellen zum Stellenplan 2015 (1 Stelle Verwaltungsfachkraft und 0,5 Stelle Assistenzkraft). Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2015 sind verwaltungsintern entsprechende Verrechnungsstellen zur Verfügung zu stellen. Die Freigabe der Stellen erfolgt befristet, in Abhängigkeit zur jährlich zu beantragenden Landesförderung.

Das „Kommunale Integrationszentrum Köln“ wird organisatorisch beim Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt - Punktdienststelle „Diversity“ (5001) als eigenständige Abteilung (5001/1) angebunden.

Die Verwaltung wird beauftragt, das bereits in Gang gesetzte Antragsverfahren (Antragstellung beim Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales sowie beim Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes *NRW*) unverzüglich fortzusetzen, damit ohne zusätzliche finanzielle Belastungen für die Stadt ein entsprechender Antrag auf Förderung dieses „Kommunalen Integrationszentrums“ beim Land *NRW* aufgrund der dort formulierten Rahmenbedingungen Aussicht auf Erfolg hat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt – bei Enthaltung von pro Köln -



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467
Fax : (0221) 221-29047
E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 09.07.2013

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Soziales und Senioren vom 27.06.2013**

öffentlich

- 13.4 Verwendung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren sowie der Mittel für Interkulturelle und Integrationsprojekte für die Jahre 2013 und 2014.
Hierzu Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in 2013 unter Herstellung einer jahresübergreifenden Haushaltsneutralität.
2050/2013**

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert daran, dass der Tagesordnungspunkt ohne Votum in die weiteren Gremien verschoben werde.

Der Tagesordnungspunkt wird in die weiteren Gremien verschoben.

